

➤ Strengere Regelung ab Jänner ➤ Alle sollen sich melden

# Land hilft Bürgermeister im Kampf gegen Zweitwohnsitze

Die Materie ist heikel. Bürgermeister fühlten sich bisher in der Zweitwohnsitz-Frage allein gelassen. Wo reiche Gäste kaufen, steigt der Preis immer noch weiter an. Mit dem neuen Raumordnungs-Gesetz haben sie ab 2019 ein bessere Handhabe. Landesrat Josef Schwaiger will Gemeinden mit einer „Task-Force“ unterstützen.

Die Spielregeln sind jetzt klarer: 82 der 119 Salzburger Orte zählen zu den sogenannten Beschränkungs-gemeinden. Das heißt, sie haben einen Zweitwohnsitz-

Anteil von mehr als 16 Prozent. Zwölf dieser Gemeinden wollten eine Ausnahme. Das genehmigt das Land aber nicht. Alle anderen Bürgermeister sind in der



Mittersills Stadtchef Viertler

Landesrat Josef Schwaiger

Handhabe völlig frei. Sie können beispielsweise in speziellen Lagen ein Zweitwohnsitz-Gebiet ausweisen, müssen das aber nicht.

## Besitzer sollen sich ab Jänner melden

Besitzer fraglicher Wohnungen sind zwischen Jänner und Dezember 2019 dazu aufgerufen, sich zu melden. Wer das nicht macht und den Wohnraum nicht leer stehen lässt, hat mit Konsequenzen zu rechnen. Schwaiger: „Das kann bis zur Enteignung gehen.“ Jedenfalls werden auch „detektivische Maßnahmen“ nicht ausgeschlossen. Daten sind dabei aufschlussreich. Geprüft wird gerade, ob Wasserzähler trotz Datenschutz herangezogen werden können.

## Tourismusemgemeinden kämpfen mit Situation

Der Mittersiller Bürgermeister Wolfgang Viertler zählte zu den großen Skeptikern des neuen Gesetzes. In seiner Gemeinde liegt der Nicht-Hauptwohnsitz-Anteil bei 22,5 Prozent. „Es ist zwar gut und schön, aber wer exekutiert es?“ Landesrat Schwaiger will die Gemeinden dabei nicht mehr alleine lassen. Er stellt ein eigenes juristisches Team zur Verfügung. Schon ab Jänner soll die „Task-Force Zweitwohnsitze“ im Land ausschwärmen. Bürgermeister in den Tourismusregionen wünschen sich höhere Abgaben für Zweitwohnsitze. Extra-Ortstaxen sind aber rechtlich schwierig umzusetzen. Es wird geprüft.

Viele Gemeinden kämpfen auch mit touristischer Nutzung über die Hintertüre. In Leogang wurde gerade ein Appartementhaus erfolgreich verhindert.

Sabine Salzmann